

Fraktion **direkt**

29 | 16. Januar 2015

Zur Lage

Wir werden unsere Werte verteidigen Die Gesellschaft darf sich nicht spalten lassen

Auch in Deutschland haben wir in dieser Woche auf einer zentralen Veranstaltung der Opfer der Terroranschläge von Paris gedacht. Bürger, Politik und Vertreter der großen Religionsgemeinschaften haben am Dienstag vor dem Brandenburger Tor gemeinsam zum Ausdruck gebracht, dass jene Taten Anschläge auf uns alle waren – in Deutschland, aber auch in ganz Europa.

Nous sommes tous Charlie – Wir alle sind Charlie. Diese Worte hat sich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu eigen gemacht. Sie stehen dafür, dass die Anschläge nicht nur einer Zeitschrift gegolten haben, sondern der Demokratie und der Meinungsfreiheit insgesamt. Die Attentate richteten sich gegen das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Religionen und damit gegen eine Errungenschaft, die Wesensmerkmal eines Europas ist, das sich als Wertgemeinschaft versteht.

Debatten im Geist der Toleranz

Wir verneigen uns vor den getöteten Journalisten und Polizisten, aber auch vor den jüdischen Bürgern von Paris, die wegen ihres Glaubens sterben mussten.

Es wird nun viel diskutiert, welche Folgen diese Anschläge für unser Zusammenleben haben können. Meines Erachtens kann die Antwort nur lauten: Alle Bürger unseres Landes, egal wo sie geboren sind und welchem Glauben sie angehören, müssen zusammenstehen. Wir dürfen denen keine Chance geben, die die Gesellschaft spalten wollen.

Das heißt nicht, dass wir über Probleme nicht diskutieren können. Das gilt für alle Politikfelder, auch die Ausländerpolitik. Wo es Fehlentwicklungen und Probleme gibt, wird die Gesellschaft stark genug sein, sie zu erörtern und zu lösen. Wir müssen offen debattieren, aber stets in Respekt und in Toleranz voreinander. Das macht eine Demokratie aus. Ich bin überzeugt, dass die übergroße Mehrheit



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

der Bürger dieses Landes genau dieser Meinung ist und keiner anderen.

*„Wir werden wachsam sein
müssen“*

Wir werden wachsam sein müssen. Auch in Deutschland kann es, wie die Sicherheitsbehörden sagen, jederzeit zu Anschlägen kommen. Darum müssen wir auch darüber sprechen, ob unsere Gesetze ausreichen. Das ist kein reflexhaftes Verhalten, sondern die Pflicht verantwortungsvoller Politik.



Wir werden unsere Werte verteidigen	1
Kontinuität im Bereich der inneren Sicherheit	2
Bundestag gedenkt der Anschlagsoffer von Paris	3
„Schwarze Null darf keine Eintagsfliege sein“	4
Bundeswehr soll kurdische Kämpfer ausbilden	5
„Staatliche Bevormundung hilft nicht“	6
Herausforderungen im Bildungssystem angehen	7
Letzte Seite	8

Kontinuität im Bereich der inneren Sicherheit

Auch nach den Anschlägen von Paris



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die blutigen Attentate von Paris haben uns erschüttert. Die Terroristen haben nicht nur Menschen ermordet, sondern auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Europa angegriffen. Das werden wir nicht akzeptieren, denn die Werte, auf denen unsere europäische Gemeinschaft fußt, sind europaweit fest verankert. Wir nehmen die Anschläge nicht zum Anlass, nun in einen gesetzgeberischen Aktionismus zu verfallen. Die Union hält auch in diesen schwierigen Zeiten an ihrer stringenten Politik im Bereich der inneren Sicherheit fest. Wir fordern auch jetzt nichts, was wir nicht schon vor den Attentaten von Paris gefordert haben.

So haben wir bereits im Oktober einen Maßnahmenkatalog für den Schutz vor Dschihadisten vorgelegt. Er beinhaltet unter anderem den Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung sowie die strafrechtliche Ahndung der Ausbildung in einem Terrorcamp. Damit wurde die UN-Resolution 2178 vom September vergangenen Jahres aufgegriffen. Bundesjustizminister Maas hat nun am Montag angekündigt, diese Punkte umsetzen zu wollen. Es reicht aber nicht, die UN-Resolution umzusetzen. Inzwischen halten sich zu viele gewaltbereite „foreign fighters“ in Europa auf. Wir haben in Paris

gesehen, wie schnell eine abstrakte Gefahr im Einzelfall akut werden kann.

Der Justizminister sollte nun im Sinne der Sicherheit der Bürger unseres Landes die Vorratsdatenspeicherung nicht länger blockieren. Das in der öffentlichen Diskussion häufig vorgebrachte Argument, diese sei immer verfassungswidrig, ist falsch. Zu diesem Urteil ist weder das Bundesverfassungsgericht 2010 gekommen, noch der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr. Die Karlsruher Richter haben lediglich dafür plädiert, einen hohen Sicherheitsstandard für die zu speichernden Daten zu gewährleisten. Es geht also nicht um das Instrument der Minderspeicherfristen als solches, sondern um seine Ausgestaltung. Für die Aufklärungsarbeit der Ermittlungsbehörden ist dieses Instrument fast unverzichtbar. So lassen sich wenigstens im Nachhinein die Terrornetzwerke rekonstruieren und aufdecken. Auch die deutschen Sicherheitsbehörden – zuletzt der neue Präsident des Bundeskriminalamtes – haben jüngst noch einmal eindringlich die Vorratsdatenspeicherung gefordert. Wer bei diesem Thema nur die persönliche Freiheit in Gefahr sieht, ist kurzsichtig. Wir verlieren viel mehr Freiheit, wenn wir Terroristen zu viel Spielraum lassen.

Zudem wäre es mindestens genauso wichtig, die Sympathiewerbung für den Dschihadismus, also Paragraf 129 a Strafgesetzbuch, wieder unter Strafe zu stellen. Es gab in den vergangenen Jahren massive Entwicklungssprünge in der Nutzung des Internets durch terroristische Gruppen. Die Rekrutierung von jungen, gewaltbereiten Männern für den Dschihad erfolgt häufig durch Sympathiewerbung.

Ein richtiges Zeichen setzt bereits der Bundesinnenminister, der mit einem Gesetz künftig jene Menschen ausbürgern will, die zwei Pässe haben und gewaltbereit aus einem Ausbildungscamp zurückkehren. Wir werden unsere Linie weiter verfolgen, denn wir wollen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestag gedenkt der Anschlagsoffer von Paris

Merkel bekundet in Regierungserklärung Solidarität mit Frankreich – Kauder: Freiheitsrechte nicht preisgeben

Mit einer Schweigeminute hat der Bundestag am Donnerstag der Opfer der Terroranschläge von Paris gedacht. Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer Regierungserklärung „erschüttert und fassungslos“ über den Tod 17 unschuldiger Menschen, die dem blanken Hass islamistischer Terroristen zum Opfer gefallen sind. Die Presse- und Meinungsfreiheit, gegen die sich der Anschlag auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ auch richtete, werde man entschlossen verteidigen, betonten die Kanzlerin und zahlreiche Abgeordnete.

Regierung und Bundestag bekundeten ihre Solidarität mit Frankreich. In diesen schweren Tagen werde man zusammenstehen, denn das deutsche und das französische Schicksal seien untrennbar verbunden, unterstrich Angela Merkel. „Wir stehen in Europa zusammen“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder. Bundestagspräsident Norbert Lammert beteuerte: „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen.“ Die Prinzipien, die seit der französischen Revolution Grundlage der europäischen Zivilisation geworden seien – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit –, werde man nicht aufgeben.

„Zur Freiheit gehört Verantwortung“

Die Meinungs- und Pressefreiheit gehöre zu den größten Schätzen unserer Gesellschaft, sagte Merkel. Die Kanzlerin erinnerte daran, dass immer mehr Journalisten auf der Welt ermordet und entführt werden, dass die Pressefreiheit in vielen Ländern nicht gilt. Volker Kauder unterstrich, dass man die universell gültigen Freiheitswerte nicht preisgeben dürfe. Zur Freiheit gehöre allerdings auch die Verantwortung, mahnte er. Jeder müsse sich selbst prüfen, wo er Grenzen



Foto: Tobias Koch

Kanzlerin Merkel erklärt ihre Solidarität mit Frankreich nach den Anschlägen

überschreite und Gefühle anderer verletze.

Auf der Gästetribüne des Bundestages verfolgten die Botschafter Frankreichs und Israels sowie Vertreter aller Religionsgemeinschaften die Debatte. Den Anschlägen waren nicht nur die Zeichner der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ zum Opfer gefallen, sondern auch Polizisten sowie Juden, die sich zum Zeitpunkt des Überfalls in einem koscheren Supermarkt aufhielten.

Muslime nicht unter Generalverdacht stellen

Kauder würdigte die Tatsache, dass seit den Anschlägen in Paris vor einer Woche auch in Deutschland so viele Menschen spontan ihre Solidarität mit Frankreich zum Ausdruck gebracht hatten. Besonders erfreut zeigte sich der Fraktionschef, dass sich der Zentralrat der Muslime eindeutig von Gewalt und Terror im Namen des Islam distanziert habe. „Wir alle, die wir in Deutschland leben, Muslime, Juden und Christen, wir alle sind Deutschland“, sagte Kauder.

Mit Blick auf die Attentäter warnte Merkel davor, Muslime in Deutschland unter Generalverdacht zu stellen: „Jede Ausgrenzung, jeder Generalverdacht verbietet sich.“ Sie erinnerte daran, dass die meisten Muslime, die in Deutschland lebten, rechtschaffene, verfassungstreue Bürger seien, und versicherte ihnen: „Wir garantieren, dass der Islam im Rahmen der Verfassung frei ausgeübt werden kann.“ Jede Form islamistischer Gewalt werde aber „mit der ganzen Entschlossenheit des Rechtsstaates“ bekämpft.

Die Debatte drehte sich auch um die Frage, wie sich das Risiko eines Anschlages in Deutschland minimieren lässt. Merkel listete Maßnahmen auf, die die Regierung bereits auf den Weg gebracht hat – wie die Einführung eines Ersatzpersonalausweises, der Extremisten an der Ausreise in Konfliktgebiete und Terrorcamps hindern soll, aus denen sie verroht zurückkommen. Merkel und Kauder sprachen sich dabei auch für die Einführung einer Mindestspeicherfrist von Kommunikationsdaten aus. Die Auswertung solcher Daten kann helfen, Verbrechen aufzuklären.

„Schwarze Null darf keine Eintagsfliege sein“

Aktuelle Stunde zum Haushalt im Bundestag – Überraschend schon 2014 keine Neuverschuldung



Überraschend ist der Bund bereits im vergangenen Jahr ohne neue Schulden ausgekommen. Damit hat die Koalition ihr Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ein Jahr früher erreicht als geplant. In einer aktuellen Stunde des Bundestages würdigten die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion den Erfolg und kündigten an, Kurs zu halten. „Die schwarze Null darf keine Eintagsfliege sein“, mahnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter.

Erstmals seit 1969 ist der Bund 2014 ohne Nettokreditaufnahme ausgekommen. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle, nannte es eine gute Nachricht, dass man den Bürgern sagen könne: „Wir kommen mit dem Geld aus, das Sie uns zur Verfügung stellen.“ Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus wies darauf hin, dass der Bund – wie versprochen – sein Konsolidierungsziel erreicht habe, ohne die Steuern erhöhen zu müssen.

Beide erinnerten daran, dass der Fleiß der Arbeitnehmer und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die Grundlage für die sprudelnden Einnahmen aus Einkommensteuer und Unternehmensteuer sind. Zudem hatte kurz vor Weihnachten ein Urteil

des Bundesfinanzhofes dafür gesorgt, dass die Kernkraftwerksbetreiber doch die Brennelementesteuer zahlen müssen, gegen die sie geklagt hatten. Dies sei nur recht und billig, sagte Kampeter.

„Echter Bewusstseinswandel“

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 hatte dazu geführt, dass die Neuverschuldung bei Amtsantritt von Finanzminister Wolfgang Schäuble auf 80 Milliarden Euro gestiegen war. Nur fünf Jahre später gelang es ihm, sie auf null zurückzuführen. Allein von 2013 auf 2014 wurde die Nettokreditaufnahme um 20 Milliarden Euro gesenkt. „Dies ist kein Zufall, sondern dem Willen geschuldet, mit dem auszukommen, was man hat“, sagte Kampeter. Dies sei ein echter Bewusstseinswandel.

Trotz der Konsolidierungspolitik sorgten die unionsgeführten Regierungen auch für Wachstum, indem sie in Bildung und Forschung sowie in die Infrastruktur investierten. Auch Ländern und Kommunen nahm der Bund finanzielle Lasten ab. „Wir haben nicht nur an uns gedacht“, unterstrich Brinkhaus. Er wies auch den Vorwurf zurück, die Koalition plünde-

re die Sozialkassen. Im Gegenteil: Milliarden würden in die Rente und in das Gesundheitssystem investiert.

Vorsorge treffen für schlechte Zeiten

Barthle warnte davor, nun vom Konsolidierungskurs abzuweichen. Kaum habe man das Ziel einer schwarzen Null früher erreicht als geplant, stellten einige schon wieder die Frage, was man mit Spielräumen anfangen könnte, die sich möglicherweise daraus ergeben. Sein Rat lautet: „Vorsorge treffen für schlechte Zeiten.“ So könne man die Rücklage aufbauen, die für den Konjunkturausgleich vorgesehen und die noch nie gefüllt worden sei. Nur wenn dann noch Luft sei, könne man an weitere Investitionen denken. Investitionen hätten gegenüber Sozialausgaben auch den Vorteil, dass sie nur einmalig anfallen.

All jenen, die sich für neue Kredite aussprechen, nur weil die Zinsen gerade so niedrig seien, erteilte Barthle ebenfalls eine Absage. Denn die Schuldenberge der Vergangenheit müssten auch irgendwann getilgt werden.

Bundeswehr soll kurdische Kämpfer ausbilden

Bundestag debattiert erstmals über Mandat – Kampf gegen Terrormiliz IS unterstützen

Im internationalen Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) wird die Bundeswehr voraussichtlich kurdische Soldaten im Nordirak ausbilden. Der Bundestag debattierte am Donnerstag erstmals ein Mandat, das die Entsendung von bis zu 100 Bundeswehr-Soldaten in die Region Erbil vorsieht. Grundlage ist eine Aufforderung des UN-Sicherheitsrates an die internationale Gemeinschaft, die irakische Regierung im Kampf gegen den IS zu unterstützen. Auch die Regierung in Bagdad selbst hat darum gebeten.

Mit der Ausbildung der kurdischen Kämpfer leistet die Bundeswehr einen Beitrag dazu, dass sich der Irak und die Region Kurdistan im Norden des Landes selbst gegen die Übergriffe des IS wehren können. Seit Dezember 2013 hat die Terrormiliz weite Landstriche in Syrien eingenommen, Mitte 2014 konnte sie auch Provinzen im Irak unter ihre Kontrolle bringen. Sie geht dabei mit großer Brutalität vor und hat Millionen von Menschen in die Flucht getrieben. Die Stabilität des Irak und der gesamten Region steht auf dem Spiel.

Die deutschen Soldaten sollen in erster Linie Ausbildungslehrgänge veranstalten. Darüber hinaus übernimmt die Bundeswehr im Wechsel mit anderen Staaten der internationalen Koalition die Koordinierung der militärischen Ausbildung. Sie berät auch die Zentralregierung in Bagdad sowie die Regionalregierung von Kurdistan und deren Streitkräfte in Sicherheitsfragen. Weitere Fähigkeiten, die eingesetzt werden, sind Lufttransport, Sanitätsdienst und Nachrichtenwesen. Eine direkte Unterstützung militärischer Operationen ist im Mandat nicht vorgesehen. Die Soldaten sind lediglich zum eigenen Schutz bewaffnet. Das Ausbildungsmandat ist zunächst auf ein Jahr beschränkt.

Die Bundesregierung hat bereits substanzielle Hilfe bei der Bekämpfung des IS geleistet. So hat sie den



Foto: Ulrich Schriack

Fraktionschef Kauder besuchte im vergangenen Sommer Flüchtlinge in Erbil im Nordirak

kurdischen Peschmerga militärische Ausrüstung im Wert von rund 46,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit diese sich selbst verteidigen können. Auch für humanitäre Hilfe hat Berlin 100 Millionen Euro bereitgestellt.

Der internationalen Allianz gegen den IS gehören rund 60 Staaten an. Vor allem die USA haben auch Luftangriffe auf IS-Stellungen geflogen. An solchen militärischen Operationen beteiligt sich Deutschland nicht.

Operation „Active Fence“

Die Bundeswehr wird sich voraussichtlich ein weiteres Jahr am NATO-Einsatz zum Schutz der Türkei vor Übergriffen der Bürgerkriegsparteien in Syrien beteiligen. In erster Lesung debattierte der Bundestag am Donnerstag das Mandat für die Verlängerung der Operation „Active Fence“, die bereits seit Ende 2012 besteht.

Die Bundeswehr beteiligt sich an der NATO-Operation mit Flugabwehrraketen des Typs „Patriot“. Zu ihren Aufgaben gehört jedoch nicht nur die Luftverteidigung, sondern auch die Frühwarnung vor Angriffen. Insgesamt können 400 Soldaten und Soldatinnen eingesetzt werden; derzeit sind es rund 250. Die Bundeswehr-Einheit ist nicht unmittelbar im türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaraş, rund 100 Kilometer nördlich der Grenze.

Die Türkei ist derjenige NATO-Partner, der am stärksten vom Bürgerkrieg in Syrien und dem Konflikt mit der dort wütenden Terrormiliz „Islamischer Staat“ betroffen ist. Mehrfach wurden türkische Bürger durch Beschuss aus dem Nachbarland verletzt oder getötet. Darauf hat Ankara bislang besonnen reagiert. In der Türkei haben über 1,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Konfliktgebiet Zuflucht gefunden.

„Staatliche Bevormundung hilft nicht“

Gitta Connemann über Ernährungsstile und Lebensmittel



Foto: Gitta Connemann / Tom Peschel

Gitta Connemann

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gute Ernährung und gesunde Lebensmittel spielen im Alltag der Menschen eine immer größere Rolle. Die Ernährungswirtschaft, die sich ab Freitag wieder auf der Grünen Woche präsentiert, versucht, diesem Bedürfnis nachzukommen. Was die Politik tun kann, um einen gesunden Lebensstil zu fördern, darüber sprach „Fraktion direkt“ mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gitta Connemann.

Frau Connemann, wie kann gesunde Ernährung jenseits der eigenen vier Wände – also in Kantinen, Krankenhäusern oder Schulen – gefördert werden?

Connemann: Es muss überhaupt ein Angebot geben. Wenn es nur Pommes oder Pizza gibt, habe ich keine echte Wahl. Wir unterstützen deshalb die Anbieter, eine größere Auswahl vorzuhalten. Dabei helfen Qualitätsstandards. Diese fördern wir ebenso wie das Thema Verbraucherbildung im Rahmen unseres Nationalen Aktionsplans „In Form“ – immerhin mit 9,3 Millionen Euro. Denn nur ein informierter Verbraucher kann die richtige Wahl treffen.

Während die einen verstärkt auf gesunde Ernährung achten, riskieren andere mit ungesundem Essverhalten und mangelnder Bewegung Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Was kann man dagegen tun?

Connemann: Eines hilft hier sicherlich nicht: staatliche Bevormundung. Die Debatte um den Veggie-Day hat gezeigt, dass die Bürger selbst entscheiden wollen, wann sie was essen. Uns geht es um Information und Förderung, entscheiden muss jeder selbst. Informationen geben wir zum Beispiel durch klare Kennzeichnungen. Seit einem

Monat müssen Allergene gekennzeichnet werden, ab Dezember 2016 auch die Nährwerte. Dann muss der Gehalt von Kalorien, Salz, Fett und Zucker deutlich auf der Verpackung stehen. Und wir werden in dieser Wahlperiode das finanzielle Engagement für gesundheitsfördernde Angebote in Kitas, Schulen, Betrieben und Pflegeheimen deutlich ausbauen.

Prävention müsste schon bei den Kindern anfangen. Welchen Beitrag können Schulen und Kitas leisten?

Connemann: Einen unverzichtbaren. Denn heute erhält nicht jedes Kind das beste Rüstzeug von Zuhause. Leider gehört das gesunde Frühstück nicht in jeder Familie automatisch dazu. Manchmal gibt es sogar gar keines. Wir müssen allen Kindern die Chance zur gesunden Ernährung geben. Deshalb fördern wir zum Beispiel den Ernährungsführerschein an Grundschulen, Schüler kochen selbst und lernen, indem sie mitmachen. Schon 650.000 Kinder konnten diesen „Führerschein“ erwerben. Diese guten Erfahrungen tragen wir nun in die weiterführenden Schulen mit dem Pilotprojekt „SchmExperten“.

Zweitens sollte jedes Schulkind mindestens einmal einen Bauernhof besucht haben, um ein Gefühl für den Wert von Lebensmitteln zu bekommen. Drittens wollen wir die EU-Schulmilch- und Schulfruchtprogramme so ausgestalten, dass eine Teilnahme aller Bundesländer erleichtert wird.

„Lebensmittel im Müll tun mir in der Seele weh“

Ein anderes Feld ist die Lebensmittelverschwendung. Immer mehr Produkte, die noch essbar wären, landen auf dem Müll. Wie kann man die Abfallmengen reduzieren?

Connemann: Wer Lebensmittel wegwirft, verschwendet Nahrung, Energie und andere wertvolle Ressourcen. Den Preis dafür zahlen auch andere. Jedes Produkt, das im Müll landet, tut mir in der Seele weh. Die Mengen sind glücklicherweise kleiner geworden – auch dank unserer Kampagne „Zu gut für die Tonne“. Wir haben uns deshalb dafür stark gemacht, dass diese fortgeführt wird.

Auch reden wir mit der Wirtschaft, zum Beispiel über kleinere Packungsgrößen. Familienpackungen und Singlehaushalte passen nicht zusammen. Es wäre gut, wenn das Angebot hier vergrößert wird, allerdings zu bezahlbaren Preisen.

Auch das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) macht nicht überall Sinn und braucht sicherlich noch mehr Erklärungen. Sehr gelungen finde ich die „Beste-Reste-App“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Dort gibt es nicht nur klare Informationen über die Bedeutung des MHD, sondern auch hunderte von kostenlosen Rezepten für eine abwechslungsreiche Resteküche.

Herausforderungen im Bildungssystem angehen

Bundestag debattiert nationalen Bericht 2014 – Positive Bilanz

Bildung ist nicht nur wichtig für die persönliche Entwicklung und die Chancen des Einzelnen im Berufsleben. Sie ist auch Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel sowie Grundlage für den Wohlstand einer Gesellschaft. Der Bundestag debattierte am Freitag den nationalen Bildungsbericht 2014 und zog daraus seine Schlussfolgerungen. Die Abgeordneten setzten sich unter anderem dafür ein, die Qualität der frühkindlichen Bildung zu verbessern, ein klares Konzept für Ganztagschulen zu entwickeln und die berufliche Bildung zu fördern.

Die Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft beliefen sich seit 2012 auf insgesamt 247,4 Milliarden Euro oder 9,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bis zum Jahre 2015 sollen sie auf zehn Prozent des BIP gesteigert werden.

Unter dem Strich fällt die Bilanz des Bildungsberichts 2014 positiv aus. So lobten die Autoren, die aus verschiedenen Forschungseinrichtungen kommen, den konsequenten Ausbau der Kindertagesstätten und die zunehmende Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Krippen. Auch der Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung von Seiten der Länder und Kommunen, die bessere Integration von Kindern und Jugend-



© Kzenon - Fotolia.com

lichen mit Migrationshintergrund sowie der sinkende Anteil junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung wurde lobend hervorgehoben.

Qualität der Betreuung in den Blick nehmen

Als Schwäche des Bildungssystems identifizierte der Bericht die weiterhin ungleichen Chancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten. So seien insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien und Familien mit Mi-

grationshintergrund benachteiligt. Auch die Ausbildungsperspektiven für Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen bleiben gering. 2013 mündete noch über eine Viertelmillion Jugendlicher, die an einer Ausbildung interessiert waren, in das Übergangssystem.

Mit Blick auf die frühkindliche Bildung fordern die Fraktionen von CDU/CSU und SPD in ihrem gemeinsamen Antrag, die Qualität der Betreuung stärker in den Blick zu nehmen. Dies betrifft sowohl die Aus- und Weiterbildung der Erzieher als auch den Personalschlüssel. Vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen sehen die Abgeordneten eine Herausforderung in der Finanzierung eines wohnortnahen und differenzierten Schulangebots. Um die Chancen von Schülern aus sozial schwachen Verhältnissen zu verbessern, verlangen sie durchlässigere Bildungswege. Angesichts des wachsenden Bedarfs an Ganztagschulen soll ein klares Konzept entwickelt werden.

Auf dem Gebiet der beruflichen Bildung steht die Politik vor dem Phänomen, dass inzwischen genauso viele Schulabgänger ein Studium wie eine duale Ausbildung anstreben. Im Zuge des drohenden Fachkräftemangels sprechen sie sich für die Stärkung der beruflichen Ausbildung aus.

Inklusion

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist ein Schwerpunktthema im nationalen Bildungsbericht 2014. Als Unterzeichnerstaat der UN-Behindertenrechtskonvention muss Deutschland die Forderung nach Eingliederung behinderter Schüler in das allgemeine Schulsystem in nationales Recht umsetzen.

In Deutschland wurde bei rund 493.000 Schülern ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt. Während im Bereich „Lernen“ ein Rückgang um 24 Prozent zu beobachten ist, hat sich die Zahl der Förderbedürftigen in den Bereichen „emotionale und soziale Entwicklung“ sowie „Sprache“ verdoppelt.

Je jünger sie sind, desto häufiger können Kinder mit und ohne Behinderung noch gemeinsam Schulen und Kindertageseinrichtungen besuchen. Mit jeder Bildungsstufe verringert sich der Anteil behinderter Kinder am gemeinsamen Unterricht.

Der nationale Bildungsbericht rät, genauer zu erforschen, wo behinderte Kinder in das inklusive Bildungssystem einbezogen werden können und wo spezielle Fördereinrichtungen weiterhin notwendig sind. Er empfiehlt eine fachgerechte Unterstützung von schwer- und mehrfach behinderten sowie besonders verhaltensauffälligen Kindern. Sofern möglich sollen behinderte Schulabgänger auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Betriebe sollen für die Ausbildung solcher Schüler gewonnen werden.

Jung nun für Außenpolitik zuständig

Einstimmig gewählt

Für Außen- und Sicherheitspolitik ist im Fraktionsvorstand künftig Franz Josef Jung zuständig. Der ehemalige Verteidigungsminister wurde am Dienstag von der Fraktion einstimmig mit der Aufgabe betraut. Damit tritt Jung, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender bislang für Ernährung und Landwirtschaft zuständig war, die Nachfolge von Andreas Schockenhoff an, der Mitte Dezember überraschend verstorben war. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende mit Zuständigkeit für Ernährung und Landwirtschaft wurde Gitta Connemann mit 85,9 Prozent gewählt.

Jung nannte seine Wahl einen großen Vertrauensbeweis. Vielleicht kein anderes Thema sei derzeit so sehr in Bewegung wie die Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte er. „Die Christdemokraten werden weiterhin umsichtig und verantwortungsvoll ihre Stimme in die internationale Gemeinschaft einbringen und Bundeskanzlerin Angela Merkel dabei unterstützen, ein friedvolles Miteinander der Staaten zu stärken und in internationalen Konflikten Vernunft und Ausgleich zu befördern.“

Der Rechtsanwalt und Notar Jung, der seinen Wahlkreis im hessischen Groß-Gerau hat, bringt auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik Erfahrung mit. Er hatte von 2005 bis 2009 das Amt des Verteidigungsministers inne. Anschließend wechselte er an die Spitze des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Von 1998 bis 2014 war Jung stellvertretender Vorsitzender der hessischen CDU. Seit 1998 gehört er auch dem CDU-Bundesvorstand an. Mit-



FLAGGE ZÖGEN

Zeichnung: Tomček

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 27. Januar 2015 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
- 28. Januar 2015 Fachgespräch innere Sicherheit: Banden, Einbrüche, Autodiebstähle

glied des Bundestages ist er seit 2005. Im vergangenen Jahr wählte die Fraktion ihn zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Seitdem ist er auch Beauftragter der Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Connemann neue stellvertretende Vorsitzende

Auch Connemann, die seit 2002 Mitglied des Bundestages ist, bringt für ihr neues Aufgabengebiet Erfahrung

mit. Seit Beginn der Legislaturperiode war die Abgeordnete aus dem niedersächsischen Wahlkreis Unterems Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Die Juristin gehört außerdem dem Parlamentskreis Mittelstand an.

Den Vorsitz des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft übernimmt künftig der hessische Abgeordnete Alois Gerig.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt